

Volkszeitung

Nr. 57. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 3.—, jährlich Zl. 60.— Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betriauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postkontokonto 63.508
Geschäftskunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sparschriften des Schriftleiters täglich von 2 bis 3.
Privatbesuch des Schriftleiters 23-45.

Anzeigenpreise: Die Nebenspalten Millimeterzelle 10 Groschen, im Text die dreispaltige Millimeterzelle 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen antworten — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

5. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Ksner, Parzejewski 16; **Stalystok:** B. Schwabe, Stoteryna 45; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Plac Wolnosci Nr. 38; **Opatow:** Amali Richter, Newstadt 505; **Hobianice:** Julius Walz, Sienkiewicza 8; **Lomazow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zbuzna-Wolozin:** Anton Winkler, Poprzecznastr. Nr. 9; **Zieroz:** Edward Stranz, Rynek Kilmiejski 15; **Zwardow:** Otto Schmidt, Siedlega 120.

Der heutigen Folge der „Lodzer Volkszeitung“ liegen zwei Beilagen bei: 1) „Volk und Zeit“ und 2) „Die Krankenkasse der Stadt Lodz“.

Die Minderheiten Polens in Gefahr.

Von Artur Kronig,
Mitglied des Verfassungsausschusses im Sejm.

Im November dieses Jahres geht die Arbeit beider gesetzgebender Kammern, des Sejm und des Senats, zu Ende. Der Zeitraum, der uns von den Neuwahlen trennt, ist nicht mehr lang, und so ist es denn verständlich, daß die politischen Parteien schon jetzt daran gehen, den Boden für den Wahlkampf vorzubereiten. Besonders nervös sind die polnischen Rechtsparteien geworden, denn sie gerade fühlen, daß der Boden unter ihren Füßen schwankt und daß ihre nationalistische Verheißungspolitik ihnen keinen Erfolg mehr bringen wird. So ist denn ihr ganzes Sinnen und Trachten in dieser „Vorwahlperiode“ darauf gerichtet, ihren Einfluß im Staate durch die Anwendung künstlicher Mittel zu erhalten. Eine einseitige, egoistischen Parteizwecken dienende Wahlrechtsreform, das soll das Mittel sein, um den Rechtsparteien im zukünftigen Parlament die Mehrheit zu sichern. Die Wahlrechtsreform, wie sie von der polnischen Reaktion angestrebt wird, richtet sich naturgemäß gegen alle fortschrittlichen und demokratischen Gruppen im polnischen Lager, in erster Linie aber gegen die nationalen Minderheiten.

Noch vor dem Maiumsturz wurden von drei polnischen Rechtsparteien, dem Nationalen Volksverband, der Christlich-Nationalen Partei und der Christlich-Demokratischen Partei Anträge eingebracht, die eine Abänderung der bestehenden Wahlordnung verlangten. Ihnen gefolgt sind schon nach dem Maiumsturz die Piastenpartei (Witos) mit einem noch weitergehenden Antrag hinzu. Sämtliche Anträge wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen, der am vergangenen Donnerstag infolge des starken Drängens der Rechtsparteien die Beratungen hierüber begann. Die Rechtsparteien haben es mit der Reform des Wahlrechts sehr eilig. Sie setzen alles daran, um die neue Wahlordnung noch vor der Auflösung des gegenwärtigen Parlaments zustande zu bringen. Mit voller Wucht richten sie einen Generalangriff gegen die demokratischen Elemente und gegen die nationalen Minderheiten, um ihre Herrschaft zu sichern. Der Schreck, den ihnen die Mairevolution eingejagt, und die Bescheidenheit in ihrem Auftreten, die sie sich nach ihrer Niederlage angeeignet hatten, scheinen längst verschwunden zu sein. Kein Wunder, denn sie wurden ja von den Männern des gegenwärtigen Regimes zu ihrem Vorgehen ermuntert. Hat doch Bartel selbst in seiner Programmrede im Senat bei Schluß der vergangenen Session die Aenderung der Wahlordnung als eine „Angelegenheit von hervorragender Bedeutung“ hingestellt und sie der „gesetzgeberischen Fürsorge“ des Parlaments empfohlen. Es ist äußerst charakteristisch für den Geist, der die Regierung

Englisch-polnische Annäherung.

**Vollständige Umstellung der englischen Politik gegenüber Polen.
England hintertreibt eine polnisch-russische Verständigung.**

Die Verschärfung der englisch-russischen Gegensätze, die in der Note der englischen Regierung an Rußland ihren Ausdruck fand, hat den seit längerer Zeit anhaltenden Umschwung im Verhältnis zwischen England und Polen in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. England glaubt, in Anbetracht der sich von Tag zu Tag verschärfenden englisch-russischen Spannung, es sich nicht mehr erlauben zu können, ein vor den Toren des Feindes gelegenes Land vernachlässigen zu können. Infolgedessen hat sich die Stimmung in England gegenüber Polen seit einer Zeit grundsätzlich geändert.

Bis zum Herbst 1925 herrschte in England allgemein noch die Ueberzeugung, daß Polen wegen seiner überspannten Forderungen und unberechtigten Aspirationen eine schwere Gefahr für den Frieden Europas darstelle. Durch die vom Außenminister Strzymski errungene Mitarbeit Polens in Locarno, soll der polnische Staat, wie maßgebende englische Politiker jetzt behaupten, den Beweis erbracht haben, daß Polen fähig sei, die eigenen Probleme vor einem dauerhaften europäischen Frieden zurückzustellen. Deshalb müsse man nun auf Polen mit mehr freundlichen Augen schauen.

Dieser Meinungsumschwung Englands gegenüber Polen ist seit der Durchreise Tschitschews durch Warschau zu notieren. Damals hatte fast die gesamte polnische Presse dem russischen Außenkommissar als den schlauesten Diplomaten und Taktiker der Gegenwart gehuldigt und dann an die Adresse Londons die Warnung gerichtet, daß Warschau, falls England fernerhin für die Vereinsamung Polens arbeitete, nichts anderes übrig bleibe, als Zuflucht bei den Moskauer Sowjets zu suchen.

Seither bemühte sich England, in Polen nicht mehr den unangenehmen Gernegroß zu sehen, sondern — einen brauchbaren Knappen, der, richtig angefaßt, gern bereit wäre, für England die Haut zu Markte zu tragen. Seit Bilsudskis Maiumsturz weiß man in London genau, daß diese englische Rechnung richtig war. Die englische Diplomatie arbeitet in

Warschau, Riga und Estland sehr geschickt, um jegliche Annäherung zwischen Sowjetrußland und den Randstaaten zu hintertreiben.

Darauf läßt ganz besonders die seit einigen Tagen eingetragene Stockung in den polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen schließen. Die plötzliche Abkühlung der bei der Reise des neuen polnischen Gesandten, Patel, nach Moskau so laut verkündeten Freundschaftsgeföhle Polens gegenüber Sowjetrußland ist nicht auf die eigene Initiative Warschaus, sondern hauptsächlich auf die Londons zurückzuführen.

Die russische Antwortnote fertig.

Moskau, 26. Februar. (Pat.) Der Rat der Volkskommissare hat den Text der russischen Antwort auf die letzte englische Note fertiggestellt.

Der russische Vertreter wird gemieden.

Paris, 26. Februar. (A.T.C.) „New York Herald“ berichtet aus London: Während des gestrigen Empfanges beim König fiel allgemein auf, daß der russische Geschäftsträger in London sowohl von den englischen Diplomaten wie von den Gesandten der anderen Mächte in demonstrativer Weise gemieden wurde. Allein der deutsche Gesandte leistete dem russischen Vertreter Gesellschaft, dadurch die peinliche Situation rettend.

Eine polnisch-litauische Verständigung?

Der litauische Sejm soll dieser Tage zum erstenmal nach dem faschistischen Umsturz in Kowno zusammenkommen. In dieser Sitzung soll über die Verlagerung bzw. Auflösung des Sejm verhandelt werden. Die Stellungnahme des Sejm dürfte über die Zukunft des parlamentarischen Systems dieses kleinen Faschistenlandes entscheiden. Mit den innerlitauischen Auseinandersetzungen hängt wohl auch die wenig glaubwürdige Nachricht einer Verständigung der neuen Kownoer Regierung mit Warschau zusammen, die über Riga aus Berlin gemeldet wird. Danach sollen die durch England vermittelten litauisch-polnischen Geheimverhandlungen bereits zu einem Abschluß geführt haben. Für die Wilnafrage soll eine provisorische Lösung gefunden worden sein. Danach soll, solange sich die Verhältnisse in Rußland nicht entscheidend geändert haben, Polen auf die Souveränität über Wilna verzichten, während Litauen in die Fortdauer der militärischen Besetzung Wilnas durch Polen einwilligt.

der Mairevolution erfüllt, wenn unter ihrer Herrschaft die Reaktion einen solchen dreiften Vorstoß wagt.

Die Anträge der Rechtsparteien unterscheiden sich voneinander in ihren Einzelheiten. Gemeinsam ist ihnen allen die Tendenz — die Ausschaltung der nationalen Minderheiten vom politischen Einfluß auf die Gestaltung des staatlichen Lebens. Schon das Wahlordnungsgesetz vom 28. Juli 1922 war ein schwerer Schlag für die Minderheiten, der damals nur durch die gemeinsame Wahlfront aller Minderheiten zum Teil wettgemacht werden konnte. Diese Wahlordnung wird jetzt

als ungenügend betrachtet, weil sie trotz aller Beschränkungen und künstlichen Einteilung der Wahlbezirke den Minderheitsnationen dennoch eine ansehnliche, wenn auch in keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke stehende, Vertretung in den Parlamenten ermöglicht hat. Daher greifen die jetzt eingebrachten Anträge bedeutend tiefer und veruchen, die parlamentarische Vertretung der Minderheiten auf ein bedeutungsloses Minimum zu reduzieren.

Als bestes Mittel hierzu soll die Verringerung der Anzahl der Abgeordneten und Senatoren dienen. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, ob die

Mehrheit und Minderheit im Stadtparlament

Die Debatten über das Budget für 1927/28.

Die Mehrheit im Lodzzer Stadtrat, die sich aus den national-chauvinistischen Parteien N. P. R., Chadeja und Endecja unter teils offener, teils versteckter Unterstützung seitens der jüdischen und deutschen bürgerlichen Kreise zusammensetzt, versteht die demokratische Selbstverwaltung der Stadt nach ihrer Art. Die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der Mehrheit glauben, daß sie nur an ihre eigenen Interessen zu denken haben und die Interessen derjenigen Kreise der Lodzzer Einwohnerschaft, die die Politik der Mehrheit nicht gutheißen können, vollständig ignorieren können.

Die Mehrheitsparteien führten ihre Politik im Laufe der vier Jahre ihrer Kadenz in einer Form, die dicht an den Begriff Diktatur grenzt. Die politische Verblendung dieser nationalen Scharfmacher geht so weit, daß sie sich nicht die Mühe geben, den Forderungen der Minderheit, ihren Anträgen oder Ansichten näherzutreten, sie zu erwägen oder zu besprechen. Mit der brutalen Kraft der Stimmenmehrheit werden alle Anträge und Forderungen niedergestimmt. Auf Proteste seitens der Minderheit hin erfolgt die jüdische Antwort: „Wir sind die nationale städtische Vertretung und wirtschaften, wie es uns selbst gefällt.“

So hat der Schöpfer der Selbstverwaltungs-gesetze sich die Wirtschaftsführung nicht gedacht. Selbstverständlich kann eine Stadt nicht ohne eine feste Mehrheit im Stadtparlament regiert werden, da die Abstimmungsergebnisse von Fall zu Fall Änderungen unterliegen müßten, was eine rationelle Wirtschaft unmöglich machen würde. Diese Mehrheit darf aber keinesfalls dazu benützt werden, die Interessen vieler tausender Einwohner zu negieren, die ihre Vertretungen nicht ermächtigt haben, an einem politischen Kuhhandel teilzunehmen, wie die von der Lodzzer Stadtratmehrheit betriebene Wirtschaft bezeichnet werden muß.

Die Wähler der Stadtverordneten der D. S. A. P., der P. P. S., des „Bund“, der „Poalej Zion“, der „Sitachduth“ stellen einen großen Teil der Lodzzer Einwohnerschaft dar. Es stimmten im Mai 1923 gegen 50 000 Wähler für diese Parteien, also mehr als 150 000 Einwohner, ein Drittel der Einwohnerschaft. Sin wenn auch nicht weißes so nur gerechtes Empfinden muß jedem klar denkenden Menschen sagen, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes die Interessen eines Drittels der Einwohnerschaft nicht umgangen werden dürfen. So klar denkend ist unsere Stadtratmehr-

heit nicht. Sie zieht die brutale Mehrheitsgewalt der Gerechtigkeit vor und zeigt dadurch den Wählern von Lodz für die Zukunft, wie falsch sie im Jahre 1923 gewählt haben.

Die Unterschiede der Auffassung über die Wirtschaftsführung zwischen Mehrheit und Minderheit sind zweifacher Natur. Erstens in bezug auf die soziale Einstellung. Die Sozialisten erstreben, daß die soziale Fürsorge, die Gesundheitsabteilung, die Baupolitik und alle anderen Teile der städtischen Wirtschaft in der Linie der Interessen des werktätigen Volkes unserer Stadt gehen, während die Mehrheit, unterstützt von der Arbeiterpartei N. P. R., eine entgegengesetzte Politik führt. In zweiter Linie handelt es sich um die Art der Subsidierung aus städtischen Mitteln verschiedener sozialer Institutionen. Die Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn die Stadt überhaupt Gelder für diesen Zweck ausgibt, diese in gerechter Weise an alle Bevölkerungsschichten ohne Unterschied der Nationalität oder Ueberzeugung zur Verteilung kommen müssen. Die Mehrheit dagegen glaubt, nur denjenigen Institutionen Unterstützungen zuzuführen, die ihr nahestehen.

Die von den jüdischen Sozialisten geführte Obstruktion hat gerade hierin ihre Ursache. Den von den jüdischen Arbeiterorganisationen geführten Volksschulen, die sich von den orthodoxen Schulen durch ihren Liberalismus unterscheiden, wurde kein Groschen an Subsidien bewilligt. Die Mehrheit erklärte sich also dadurch zu Gegnern dieser Schulen, obwohl sogar der gegenwärtige Kultusminister Dobrucki auf dem Standpunkt steht, diese Schulen zu verstaatlichen, da sie auf einer hohen Stufe stehen.

Die jüdischen Genossen kämpfen also nicht nur um eine materielle Unterstützung ihrer Schulen, sondern vor allen Dingen um die Anerkennung der Existenz derselben. Daher wendeten sie das letzte Mittel an, welches auf parlamentarischem Boden angewendet werden kann — die Obstruktion. Durch die Obstruktion soll die Mehrheit gezwungen werden, ihren Standpunkt zu revidieren.

Sie wird es wahrscheinlich nicht tun und weitere Gewaltmittel anwenden. Dadurch wird sie den Wählern noch deutlicher zeigen, wer in Zukunft nicht gewählt werden soll.

Und die Abrechnung steht nahe bevor. Die Vorbereitungen der Regierung zur Ausschreibung von Neuwahlen schreiten rüstig vorwärts. L. K.

Zwei wichtige Urteile.

Vorkriegswchsel, die mit einer hypothekarischen Kautions gedeckt sind, werden wie Hypotheken aufgewertet.

Dieser Tage ist ein Urteil des Höchsten Gerichts gefällt worden, durch das der bisher unklaren Gerichtspraxis in einem bedeutsamen Aufwertungsgegenstande ein Ende gesetzt wird. Die Frage, wie Wechsel und überhaupt Darlehen aufgewertet werden sollen, die durch hypothekarische Kautions gedeckt sind, hat den Juristen und Gerichten Zweifel aufkommen lassen und verschiedene Lösungen gezeitigt. Einige Gerichte neigten zu der Ansicht, daß diese Wechsel im Sinne des Artikels 11 der Umrechnungsverordnung (lex Zoll) nur mit 10 Prozent aufzuwerten seien, da die nämlichen Verpflichtungen, genau genommen, keine hypothekarischen Darlehen vorstellten. Die Mehrzahl der Juristen und Gerichte vertraten jedoch die Meinung, daß hinsichtlich des Aufwertungsgrades alle aus Darlehen, die durch Kautions gedeckt sind, herrührenden Gläubigerchaften als eigentliche Hypothekendarlehen zu betrachten und nach dem in den §§ 5 und 6 der Aufwertungsverordnung vorgesehenen Maßstab aufzuwerten wären. Diese Auffassung ist nun durch ein Urteil des Obersten Gerichts, das letztes in der ersten Zivilkammer gefällt wurde, sanktioniert worden (Klage der Bank Spółek Zarobkowych gegen Tendowka). Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Im Sinne des erwähnten Urteils unterliegen Wechsel und ähnliche Verpflichtungen aus Darlehen, die durch hypothekarische Kautions gedeckt sind, zum Beispiel auf einem Fabrikgrundstück in Warschau, nicht einer 10prozentigen, sondern einer 15prozentigen Umwertung.

Verträge, die in Goldfrank abgeschlossen sind, müssen in Goldzloty ausgeführt werden.

Im Bezirksgericht in Warschau war eine Klage eingelaufen gegen eine Versicherungsgesellschaft mit dem Antrage auf Auszahlung der Versicherung in Goldzloty, da der im Januar 1925 geschlossene Vertrag in Goldfrank, zahlbar in polnischer Mark nach dem Kurse des Vortages, abgeschlossen worden sei. Die beklagte Firma brachte das Argument vor, daß, obwohl der Vertrag in Goldfrank unterzeichnet war, im Augenblick der Einführung des Zloty als Münzeinheit eine vom Kläger stillschweigend akzeptierte Neuerung in der Verpflichtung eingetreten sei. Das Bezirksgericht und dann das Appellationsgericht entschieden dahin, daß die beklagte Gesellschaft die Versicherung in Goldzloty auszahlen müsse, da die Begriffe Goldzloty und Goldfrank identisch wären. Außerdem habe die Einführung des Zloty als Münzeinheit, gestützt auf den Monometallismus des Zloty, die vertraglichen Umrechnungsmethoden nicht aufgehoben, was aus dem § 9 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 14. April 1924 über die Aenderung des Geldsystems (Dz. U. R. P. Nr. 34, Pos. 351) ausdrücklich hervorgehe. Obige Verordnung habe zudem den Finanzminister dazu ermächtigt, Berechnungskurse festzulegen, was in der Weise ausgeführt wurde, daß der Finanzminister im „Monitor Polski“ den Wert des Goldfrank dauernd veröffentlichte, obwohl zu der Zeit schon der Zloty als polnische Münzeinheit bestand.

Werb neue Leser für dein Blatt!

Eine Mattigkeit überfällt ihn, die sich bald zur Erschöpfung steigert... Das Bewußtsein seiner seltsamen Lage, jeder klare Gedanke schwindet hin — er fühlt nichts weiter als eine unbewegliche Müdigkeit.

Mit einem leisen Seufzer sinkt er auf die Chaiselongue. Seine Lider schließen sich. Schon nach wenig Sekunden schläft er tief und fest.

5.

Mehrere Wochen sind vergangen, seit Eberhard von Althoff dranken in die hohle Erde gebettet wurde. In seiner Wohnung geht scheinbar alles den gewohnten Gang weiter.

Und doch — wie anders ist alles für Altran geworden! Wie so ganz anders!

Mit Ausnahme der alten Haushälterin und der Dienerschaft war der geliebte Onkel ihre einzige Gesellschaft gewesen. Beide hatten nur für- und ineinander gelebt. Man überläßt sie sich so völlig ihrem grenzenlosen Kummer um den Verlust des einzigen Wesens, das sie auf dieser Welt liebte, daß ihre Gesundheit zu leiden beginnt.

Altran war stets ein aufgewecktes Kind gewesen. Vielleicht hatte sich auch ihre natürliche Begabung unter Eberhard von Althoffs verständigter Leitung um so glänzender entwickelt. Stets hatte er sich für ihre kindlichen Spiele interessiert und in ihre empfängliche Seele jene Samenkörner gelegt, von denen er dachte, daß sie später zur herrlichsten Blüte aufgehen würden. Doch hat dieses beständige Zusammensein mit dem weit älteren Manne sie auch tief denken gelehrt und sie über ihre Jahre hinaus gereift und ernst gemacht.

Eberhard von Althoffs Heim, ihr Heim, war ihr stets als das Paradies auf Erden erschienen.

Mit dem Onkel ist für sie jedes Glück aus dem Hause gewichen. Sie denkt gar nicht daran, daß sie nun Herrin dieses Hauses ist und Besitzerin eines großen Vermögens. Alles ist ihr gleichgültig, da sie ihn verloren hat — ihn, ihren Beschützer! Ihren heißgeliebten Onkel Eberhard!

Der Liebe Sieg.

Roman von Erich Friesen.

(11. Fortsetzung.)

Sanitätsrat Wessel hat sein ganzes Leben der Wissenschaft gewidmet. Er hat weder Zeit gefunden, sich um Diamanten und Juweliere, noch um die neue Richtung der Billeristik zu kümmern. Deshalb ist ihm auch der Name Rodewald gänzlich unbekannt. Für ihn steht es fest, daß der neue Patient der Sohn der Gräfin Poplawka ist und daß der Name Rodewald einer seiner letzten Ideen entspringt.

Als erfahrener Nervenarzt hält er es jedoch für ratsam auf die Bahnvorstellungen des Patienten scheinbar einzugehen, um vorerst sein Vertrauen zu gewinnen.

„Sie scheinen das Opfer eines geschickt eingefädelten Betrugs geworden zu sein,“ bemerkt er in seiner ruhigen Weise. „Was gedenken Sie zu tun?“

„Natürlich den Diebstahl anzeigen und die Diebin arrelieren lassen!“

„Auch das stimmt!“ denkt Sanitätsrat Wessel. Bant erwirbt #: „Gewiß, Herr — Rodewald, das wäre das Beste. Ich werde Ihnen dabei behilflich sein. Kommen Sie!“

Und er öffnet eine Tür gegenüber derjenigen, durch die Artur vorhin eingetreten war.

Völlig arglos überschreitet dieser die Schwelle. Er ahnt nicht, daß das Netz des Betrugs, in welches man ihn gelockt hat, sich immer fester zusammenschließt. Erst als die Tür sich hinter ihm schließt und ein schwerer Regal von links vorgeschoben wird, kommt ihm der Gedanke, ob dieser soziale Mann etwa ein Komplize jenes Weibes sei. Er wagt nicht, nach der Tür zu verlangen, daß man ihm helfe.

Keine Antwort. Drohend wiederholt er seine Forderung.

Alles still... Nicht das geringste Geräusch im Nebenraum. Ein Schrei der Entrüstung springt von Arturs Lippen... Was bedeutet das alles? Weshalb sperrt man ihn hier ein? Seine Augen irren umher, um einen Weg zur Flucht zu entdecken. Doch das Zimmer besitzt nur jene Tür, und das einzige, nach dem weitgedehnten Iden Garten hinausgehende Fenster ist fest geschlossen und außerdem vergittert.

Und das Seltsamste: sämtliche Wände sind gepolstert und mit blauem Plüsch überzogen. Ein dicker Teppich, in dem die Schritte ungehört verhallen, bedeckt den Fußboden. Weder und mehr gerät das Blut des so unfreiwillig Gefangenen in Wallung. Aufgeregt rennt er in dem kleinen Raum umher und ruft und tobt...

Nach und nach siegt seine Vernunft.

Was nützt ihm alles Toben? Nützt er nicht viel mehr versuchen, seine Gedanken zu sammeln, um sich aus dieser furchtbaren Lage zu befreien? ... Doch er ist kaum eines ruhigen Gedankens fähig. Ihm ist, als ob alles in seinem Hirn herumwirbele. Sein Kopf schmerzt, seine Schläfen hämmern. Jeder Nerv an seinem Körper vibriert...

Pötzlich fühlt er, wie ein seltsamer, ihm selbst unverständlicher Einfluss auf ihn wirkt, wie eine unerklärliche Macht von ihm Besitz ergreift. Eine wohlthuende Ruhe senkt sich auf ihn herab.

Nach einmal rafft er sich auf und blickt um sich... Da bemerkt er in der Wand ihm gegenüber zwischen dem blauen Plüschpolster ein Loch von der Größe einer Teestasse, das ihm in seiner Aufregung bisher entgangen.

Und durch dieses Loch glähen ihm zwei menschliche Augen unverwandt an —

Er versucht wegzusehen. Vergebens.

Seine Nerven sind durch die vorausgegangene furchtbare Erregung derart erschöpft, daß er keine Willenskraft mehr besitzt. Wie gebannt hängt sein Blick an jenen ihn hypnotisierenden Augen...

Tagesneuigkeiten.

Die Budgetberatungen im Stadtrat.

Der Maulkorb für die Opposition angelegt.

(Siehe auch Beiter im Beiblatt.)

Die gestrige Sejmigung des Stadtrats war für 7 Uhr angelegt. Um 8 Uhr war die notwendige Zweidrittelmehrheit noch nicht da.

Der erste Punkt betraf die Beschränkung der Redezeit, also die Einführung der Maulkorbvorschrift. Gegen den energichsten Protest der sozialistischen Fraktionen, die inzwischen den Saal betreten hatten, wurde der Antrag angenommen.

Nach diesem Beschluß atmete die Mehrheit auf. Im Eiltempo wurde darauf die Abstimmung über die Verbesserungsanträge vorgenommen, deren Zahl einige hundert betrug. Ein Abteilungsbudget folgte dem anderen.

Nach 12 Uhr platzte die Bombe. Die Chadecja, Endeja und die rechtsstehenden Juden lehnten den Antrag der R. P. R. ab, für den neuen Schöffen Kazmierczak 12 000 Zloty als Gehalt pro Jahr in das Budget aufzunehmen.

Gleich darauf ersuchten sie um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, zu der sie nicht mehr zurückkehrten. Als er die Sitzung ohne die R. P. R. eröffnete, da er sich der Fraktionsführer der R. P. R. und beauftragte das Quorum.

Beendigung des Lohnstreiks bei J. W. Schweikert.

Wie bereits mitgeteilt wurde, fand gestern eine Konferenz der Vertreter der streikenden Weber der Firma J. W. Schweikert mit der Fabrikdirektion statt.

Arbeiter statt. Es referierten über die Konferenz Abg. E. Zerbe und Verbandssekretär Walczak. Nach einer eingehenden Diskussion, in der allgemein unterstrichen wurde, daß die Angelegenheit der Anerkennung der Fabriksdelegierten für die Arbeiter eine Lebensfrage ist, wurde zur geheimen Abstimmung über die Arbeitsaufnahme geschritten.

Eine Zwischenverbandskommission der Angestellten und Textilarbeiter.

Am Freitag fand im Saale der polnischen Angestellten die erste Konferenz der Angestellten mit den Berufsverbänden der Textilarbeiter statt. An der Konferenz nahmen teil die Vertreter der Angestelltenorganisationen von Pabianice und Lichenstochau, die Delegierten des Verbandes der Büro- und Handelsangestellten, des Vereines der christlichen Angestellten, des Verbandes der Fabrikmeister, des Vereines der Meister in der Textilindustrie und des Angestelltenverbandes „Praca“.

Kampf um den englischen Sonnabend bei Barcincki.

Seit langer Zeit besteht zwischen den Arbeitern und der Fabrikleitung der Firma Barcincki ein Konflikt, da die Firma den Arbeitern am Sonnabend nur den Lohn für sechsstündige Arbeit auszahlt.

Eine Versammlung der Angestellten.

Morgen findet im Saale des Angestelltenverbandes, Kosciuszko-Allee 21, eine Versammlung der Angestellten statt, in der zu der Lohnaktion in der Textilindustrie Stellung genommen werden soll.

Verammlung der Reiger, Scherer, Andreher und Schlichter.

Heute, Sonntag, den 27. Februar, 9 1/2 Uhr morgens, findet im Lokale der D. S. A. P., Petrikauer 109, eine Versammlung der Reiger, Scherer, Andreher und Schlichter statt. Zweck der Versammlung ist die Wahl der Sachkommission.

Auch die Straßenbahner drohen mit Streik.

Heute findet eine Sitzung der Bezirksverwaltung des Verbandes der Angestellten gemeinnütziger Institutionen statt, die sich mit der Lage der Straßenbahner befassen wird.

Unterstützungsgelder für Kopparbeiter.

Wie wir erfahren, hat das Arbeitsministerium 100 000 Zl. zur Auszahlung an die beschäftigungslosen Kopparbeiter für Februar zur Verfügung gestellt.

Vom Arbeitsvermittlungsamt.

Im Bereiche des Lodzer staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes waren am 26. Februar 41 146 Arbeitslose registriert, davon kamen auf Lodz 31 472, Pabianice 2594, Zoniska-Wola 612, Zgierz 3341, Tomaszow 2518, Konstantynow 303, Alexandrow 21, Ruda-Pabianicka 285.

Die Jagen. tote Saison wurde auf Grund eines vom Staatspräsidenten gestern unterzeichneten Dekrets von 6 auf 10 Wochen verlängert.

Sitzung des Theaterbaukomitees.

Am Freitag fand im Magistrat wiederum eine Sitzung des Baukomitees des Städtischen Theaters statt. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde nach monatelangem Feilschen Ing. L. Gole gewählt.

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

J. Wojcicki, Napurkowickiego 27; W. Danielecki, Petrikauer Straße 127; P. Jelnicki und J. Cymer, Wulczanska 37; Weinweber, Plac Wolnosci 2; J. Hartman, Mlynarska 1; J. Kahane, Alexandrowska 80.

Verein deutschspr. Meister und Arbeiter.

Am Freitag, den 25. Februar, verschied ganz unerwartet unser Mitglied, Herr

Reinhold Stierpinski

In dem Verstorbenen verliert der Verein ein treues Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Herren Mitglieder, insbesondere die Herren Sänger, werden ersucht, an der heute, Sonntag, den 27. Februar, um 1/3 Uhr nachm., vom Trauerhause, Zgierzka Straße Nr. 107, aus, stattfindenden Beerdigung vollzählig teilzunehmen.

Die Verwaltung.

Vortragsfolge statt. Außer Gesang-, Musik- und anderen Vorträgen, werden auch die Aufführung zweier Einakter und ein Kinderreigen geboten werden. Nach der Vortragsfolge findet ein Tanzfränzchen statt, zu welchem die Musik vom Orchester unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Chojnacki geliefert wird.

Wiener Operette. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: Heute, Sonntag, um 3.30 Uhr nachmittags, letzte Aufführung bei kleinen Preisen „Frühlingsluft“ mit dem großen „Rosenballett“.

14. Staatslotterie.

Ziehung der 5. Klasse. — 16. Tag. (Ohne Gewähr.)

- 10000 Zl. auf Nr. 6385.
3000 Zl. auf Nr. 3934.
2000 Zl. auf Nr. 34823 38016 67326.
1000 Zl. auf Nr. 10454 17593 24977 27119
36476 41045 42929 49256 51541 67503 69293 78234.
600 Zl. auf Nr. Nr. 12953 18020 25850 34952
35888 42297 54348 67194 71593.
500 Zl. auf Nr. Nr. 68 12027 14599 15826
16635 23297 24832 10718 41051 43525 52221 53204
64566 65583 69371 70179 70446 75448 77507.

Wiener Operette.

„Künstlerliebe.“

Operette in 3 Akten von Leo Stein und Karl Lindau. Musik von Edmund Eysler.

Benefizaufführung für Jenny Schäd. Ein ausverkauftes Haus. Alle treuen Theaterfreunde waren zugegen.

Aufgeführt wurde die Operette „Künstlerliebe“. Zwei Kompagnons einer Pumptaschenfabrik wollen gern aus ihren Kindern ein junges Ehepaar machen. Die Rechnung ist aber ohne den Wirt gemacht worden. Er verliebt sich in eine junge Schauspielerin, sie himmelt einen jungen Untersuchungsrichter an.

Gespield wurde sehr flott. Die Regie, für die Direktor Karl Zeman zeichnete, zeigte eine gute und verständnisvolle Vorbereitung. Im Vordergrund der ganzen Handlung stand Jenny Schäd, die Benefiziantin. Ihr Spiel zeigte noch mehr als sonst Schwung, Verwandlungsfähigkeit und Temperament.

